

Deputation für Kinder und Bildung Sitzungsprotokoll der 11. Sitzung (staatlich)			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019			
Sitzungstag 31. August 2016	Sitzungsbeginn 15:35 Uhr	Sitzungsende 19:30 Uhr	Sitzungsort Raum 416, im Haus der Bürgerschaft

Teilnehmer/innen:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 22. Juni 2016
- TOP 3 Gesetz zur Änderung des Bremischen Schuldatenschutzgesetzes Vorlage L 39/19
- TOP 4 Verordnung über die Anerkennung einer für ein Lehramt an öffentlichen Schulen geeigneten Hochschulabschlussprüfung als Erste Staatsprüfung (A-LAV) Vorlage L 40/19
- TOP 5 Erweiterung der „Verordnung über die Ausstellung einer Anlage zum Zeugnis für den Studienabschluss „Master of Education“ vom 20.08.2009“ Vorlage L 41/19
- TOP 6 Anpassung der „Auswahl-, Vergabe- und Kapazitätsverordnung zum Vorbereitungsdienst für Lehrämter an öffentlichen Schulen“ (AVKV) vom 23. Mai 2014 an die neue Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Lehrämter (APV-L) Vorlage L 42/19
- TOP 7 Verordnung über die Anerkennung ausländischer Lehrerqualifikation - AVL Vorlage L 43/19
- TOP 8 Zugänge für zugewanderte Schülerinnen und Schüler schaffen - Änderungen in der Verordnung über die Gymnasiale Oberstufe (GyO-VO) Vorlage L 44/19
- TOP 9 Anpassung der Pflegesätze in der Kindertagespflege ab 01.09.2016 Vorlage L 54/19
- TOP 10 Richtlinie zum Schulversuch Berufsorientierungsklasse mit Sprachförderung im Rahmen eines Ausbildungsvorbereitenden Bildungsgangs in Vollzeitform (AVBG-V) Vorlage L45/19

TOP 11 Entwurf einer Neufassung der Verordnung über die Fachschule für Technik	Vorlage L46/19
TOP 12 Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen hier: Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum 01. Februar 2017	Vorlage 47/19
TOP 13 Gesetz zur Änderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes sowie Ortsgesetz zur Änderung der Beitragsordnung für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen Erstattung von Elternbeiträgen während des Streiks der Beschäftigten im Sozial und Erziehungsdienst 2015	Vorlage L48- G39/19
TOP 14 Ganztagsschulangebote auch auf geflüchtete Kinder ausrichten	Vorlage L49/19
TOP 15 Anpassungen der Regelungen zum Schriftspracherwerb	Vorlage L50/19
TOP 16 Fortführung des Weiterbildungsstudienganges „Inklusive Pädagogik“ an der Universität Bremen, Akademie für Weiterbildung	Vorlage L51/19
TOP 17 Fachkräftesicherung	Vorlage L52/19
TOP 18 Jugendberufsagentur	Vorlage L53/19
TOP 19 Schulschwimmen	Vorlage L520/19
TOP 20 Verschiedenes	
Bericht: Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen	Bericht L 521/19
Bericht: Unbesetzte Lehrer/-innenstellen	Bericht L 522/19
Bericht: Beschäftigungsstand von Lehrerinnen und Lehrern im Land Bremen	Bericht L 523/19
Bericht: Bundesmittel für den KiTa-Ausbau	Bericht L 524- G549/19

TOP 1 Genehmigung Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Frau Vogt bittet, den Bericht L521/19 „Beschulung von geflüchtete Kindern und Jugendlichen“ als neuen TOP 20 zu debattieren. Der Tagesordnungspunkt Verschiedenes würde dadurch zu TOP 21 werden. Die Deputation stimmt dem zu.

Beschluss:

Die Deputation für Kinder und Bildung genehmigt die Tagesordnung mit den voranstehenden Änderungen.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 22. Juni 2016

Zu dem Protokoll gibt es keine Anmerkungen.

Beschluss:

Die Deputation für Kinder und Bildung genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 22. Juni 2016.

TOP 3 Gesetz zur Änderung des Bremischen Schuldatenschutzgesetzes Vorlage L 39/19

Frau Vogt weist darauf hin, dass es im Beteiligungsverfahren viele, darunter auch kritische Stellungnahmen gegeben habe. Sie gibt zu Protokoll, dass es ihrer Ansicht nach sehr problematisch sei, dass Eltern und Schüler nicht informiert werden, wenn deren Daten verarbeitet werden und dass die Daten auch an Dritte weitergegeben werden könnten. Hierzu erläutert Herr von Lührte, dass die Datenschutzbeauftragte frühzeitig eingebunden war und keine Einwände gegen den Entwurf habe. Zudem sei es weder erforderlich, noch in solchen Zusammenhängen üblich, die Betroffenen individuell zu informieren, da mit der Regelung gerade die gesetzliche Grundlage zur Datenverarbeitung und –Weitergabe geschaffen werde, die dies entbehrlich mache. Die Deputation diskutiert den Entwurf und dabei insbesondere Fragen der Bestimmtheit des Begriffes „Dritte“ sowie der Erfassung von Daten von Flüchtlingen bzw. Migranten. Insgesamt überwiegt die Zustimmung zur Zielsetzung einer Verbesserung der Erfassung des Verbleibs der Jugendlichen die vorgetragenen Bedenken bei Weitem.

Beschluss:

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt die Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 27.07.2016 zur Kenntnis und stimmt der Weiterleitung des Gesetzesentwurfs über den Senat an die Bürgerschaft zu.

TOP 4 Verordnung über die Anerkennung einer für ein Lehramt an öffentlichen Schulen geeigneten Hochschulabschlussprüfung als Erste Staatsprüfung (A-LAV)

Herr Güngör bittet darum, den Inhalt und die Zielsetzung dieser Verordnung im Kontext mit den übrigen Verordnungen aus diesem Themenkreis darzustellen und einen Gesamtüberblick zu geben. Hierauf erläutert Frau Dr. Buhse die Grundzüge der genannten A-LAV (TOP 4), der APV-L (TOP 6) sowie der AVL (TOP 7) und benennt den Zusammenhang, in dem deren jeweilige Regelungen stehen. Herr Huesmann ergänzt hierzu, dass es im Grundsatz um die Sicherung des Fachkräftebedarfes gehe, zugleich aber die Qualität der Ausbildung gewährleistet bleiben müsse. Hinsichtlich des letztgenannten Aspektes erklären sowohl Frau Vogt als auch der Personalrat-Schulen, dass sie es kritisch sähen, wenn der Seiteneinstieg Lehrkräften mit „Ein-Fach-Ausbildung“ nicht offenstehe.

Die Deputation begrüßt grundsätzlich die Anstrengungen zur Gewinnung von Fachkräften und zur Eröffnung von Perspektiven für die Betroffenen und ist sich einig, dass dies nicht mit einer Preisgabe der Qualität einhergehen dürfe. Frau Senatorin Dr. Bogedan unterstreicht noch einmal die Bedeutung, die den einzelnen Maßnahmen beigemessen werde und erklärt, dass daneben auch weitergehende Überlegungen angestellt werden müssten, da die Wirkung der Verordnungsänderungen voraussichtlich nicht unmittelbar eintreten werde. Herr Dr. vom Bruch regt an, über die Wirksamkeit der Maßnahmen nach einem Jahr in der Deputation zu berichten

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Bildung stimmt dem Entwurf der Verordnung über die Anerkennung einer für ein Lehramt an öffentlichen Schulen geeigneten Hochschulabschlussprüfung als Erste Staatsprüfung (A-LAV) zu.

TOP 5 Erweiterung der „Verordnung über die Ausstellung einer Anlage zum Zeugnis für den Studienabschluss „Master of Education“ vom 20.08.2009“ Vorlage L 41/19

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Inhaltliche Aussprache statt.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Kinder und Bildung stimmt dem Entwurf zur Änderung der Verordnung über die Ausstellung einer Anlage zum Zeugnis für den Studienabschluss „Master of Education“ in der Fassung der Anlage 1 zu.

TOP 6 Anpassung der „Auswahl-, Vergabe- und Kapazitätsverordnung zum Vorbereitungsdienst für Lehrämter an öffentlichen Vorlage L 42/19

Schulen“ (AVKV) vom 23. Mai 2014 an die neue Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Lehrämter (APV-L)

Frau Vogt erklärt, sie werde sich bei der Abstimmung enthalten, da sie die verpflichtende Belegung der Fächer Deutsch und Mathematik in der Grundschullehrer*innenbildung kritisch sehe. Auf die Frage des Personalrat Schulen, ob 33 % mehr Zusagen als Plätze ausreichend seien, um die Ausbildungskapazitäten im Landesinstitut für Schule vollständig zu besetzen, bestätigt Herr Dr. Fleischer-Bickmann, dass dies aller Voraussicht nach ausreichend sei. Herr Dr. vom Bruch erklärt der Vorlage zustimmen zu wollen, schon allein, weil sie eine erfrischend offene Einschätzung des derzeitigen Mangels an Lehrkräften treffe.

Beschluss: 11 Stimmen dafür (SPD, B90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP)

1 Enthaltung (DIE LINKE)

Die staatliche Deputation für Kinder und Bildung stimmt dem Entwurf der „Auswahl-, Vergabe- und Kapazitätsverordnung zum Vorbereitungsdienst für Lehrämter an öffentlichen Schulen (AVKV)“ gemäß Anlage 1 zu.

TOP 7 Verordnung über die Anerkennung ausländischer Lehrerqualifikation - AVL

Frau Vogt nimmt Anstoß an der in der Vorlage dargestellten Finanzierung der Maßnahme. Die 10 Plätze sollten grundsätzlich nicht aus nicht genutzten Ressourcen für den Vorbereitungsdienst genommen sondern zusätzlich finanziert werden. Herr Güngör hält die Vorlage unabhängig von der Kritik an der Finanzierung für richtig, da es für alle enorm wichtig sei, die Qualifikationen der Ankommenden zu nutzen und bei Bedarf zu erweitern. Herr Dr. Güldner schließt sich der Wertung an und bittet um ausdrückliche Darlegung, ob die Formulierung so zu verstehen sei, dass die Finanzierung ab 2018 über den Haushalt abgesichert werden solle, was von Herrn Huesmann bestätigt wird.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Bildung nimmt den Entwurf der Anerkennungsverordnung für ausländische Lehrberufsqualifikationen (AVL) in der anliegenden Fassung zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

TOP 8 Zugänge für zugewanderte Schülerinnen und Schüler schaffen - Vorlage L 44/19

Änderungen in der Verordnung über die Gymnasiale Oberstufe (GyO-VO)

Auf die Frage von Herrn Dr. vom Bruch, erläutert Herr Huesmann, dass das Nachholen von Sprachkompetenzen für die Schüler/-innen so zu verstehen sei, dass die Teilnahme an Sprachkursen vorgesehen sei. Frau Senatorin Dr. Claudia Bogedan ergänzt, dass die Kurse weniger „nachlaufend“ als vielmehr begleitend sein sollten. Die Deputation begrüßt die in der Vorlage beschriebenen Regelungen.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt die Vorlage zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

TOP 9 Anpassung der Pflegesätze in der Kindertagespflege ab Vorlage L 54/19 01.09.2016

Die Deputation diskutiert die Vorlage und die darin vorgeschlagene Erhöhung der Tagespflegesätze insbesondere in Hinblick auf den Umfang der Erhöhung der Sätze, den jeweiligen Bezug zu den unterschiedlichen Qualifikationen der Tagespflegepersonen sowie den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Erhöhung. Frau Ahrens fragt, warum die Pflegesatzerhöhung erst mit 16-monatiger Verzögerung vorgelegt werde und verweist auf den diesbezüglichen Ver.di-Vorschlag, der den Deputierten zugegangen sei. Entgegen dem Vorhalt von Frau Ahrens betont Herr Staatsrat Pietrzok, dass die Wertschätzung der Arbeit der Tagespflegepersonen durchaus durch die Übernahme der Tarifergebnisse ausgedrückt werde. Frau Krümpfer begrüßt die Erhöhung ebenfalls grundsätzlich und weist auf die Unterschiede zwischen Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege hin. Auf die Fragen von Frau Vogt erläutert Frau Eden den besonderen Zusammenhang der unterschiedlich langen Qualifikationsmaßnahmen sowie der unterschiedlichen Betreuungsorte zu den jeweiligen Gebührensätzen und gibt Auskunft über die gute Nachfrage nach Nachqualifizierungsmaßnahmen. Herr Staatsrat Pietrzok weist darauf hin, dass der Tarifvertrag zwar mit dieser Erhöhung nachvollzogen werde, dass die direkte Übertragung aber gerade Gegenstand einer gerichtlichen Auseinandersetzung sei, die es abzuwarten gelte.

Sodann stellt Frau Ahrens den Antrag der CDU-Fraktion vor, der im Vorfeld an die Deputierten gegangen war:

Zur Abgeltung der um 16 Monate verzögerten Anpassung der Tarifsteigerung wird jeder aktiven Kindertagespflegeperson ein pauschaler Abgeltungsbetrag in Höhe von 500 € gewährt.

Die staatliche Deputation für Kinder und Bildung erwartet zukünftig eine parallele Anwendung der tariflichen Bestimmungen des Sozial- und Erziehungsdienstes auf die Beschäftigten innerhalb der Kindertagespflege und bittet um die zeitnahe Vorlage der Anpassung in der Deputation

Es folgt eine intensive Diskussion, inwieweit dieser den Beschlussvorschlag der Vorlage ergänzt oder ersetzt.

Der Vorsitzende ruft zunächst den Beschlussvorschlag aus der Vorlage L 54/19 auf:

Beschluss (einstimmig)

1. Die staatliche Deputation für Kinder und Bildung stimmt der tariflichen Anpassung der Pflegesätze in der Kindertagespflege ab dem 01.10.2016 zu.
2. Die staatliche Deputation für Kinder und Bildung stimmt dem Pflegesatz für Kindertagespflegepersonen, die sich mit einem Umfang von 380 Stunden qualifiziert haben, zu.

Sodann ruft der Vorsitzende den 1. Teil des ergänzenden Beschlussvorschlages der Fraktion der CDU auf, der mit 5 Stimmen dafür (DIE LINKE, FDP, CDU) bei 7 Stimmen dagegen (SPD, B90/DIE GRÜNEN) abgelehnt wird.

Sodann ruft der Vorsitzende den 2. Teil des ergänzenden Beschlussvorschlages der Fraktion der CDU auf. Herr Staatsrat Pietrzok appelliert an die Deputation, den Antrag nicht zu beschließen, da in der Sache das Gerichtsurteil noch abgewartet werden müsse. Über diesen 2. Teil des Beschlussvorschlages wird nicht abgestimmt. Stattdessen schlägt der Vorsitzende den wie folgt beschlossenen Kompromiss vor:

Beschluss (einstimmig)

3. Die staatliche Deputation für Kinder und Bildung erwartet eine Umsetzung der Beschlüsse des Landesjugendhilfeausschusses vom 04.11.2008 und der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration vom 27.11.2008 und bittet um eine entsprechende zeitnahe Vorlage der Anpassung in der Deputation.

TOP 10 Richtlinie zum Schulversuch Berufsorientierungsklasse mit Sprachförderung im Rahmen eines Ausbildungsvorbereitenden Bildungsgangs in Vollzeitform (AVBG-V) Vorlage L 45/19

Auf die Frage von Frau Böschen erläutert Frau Jendrich, wo der Schulversuch über welchen Zeitraum stattfinden werde. Die Maßnahme sei als Schulversuch geplant, da die Teilnahme der Schulen freiwillig sei. Die anschließende Diskussion dreht sich im Wesentlichen um Verfahrensfragen wie die Beteiligung der Personalvertretung oder eine nachträgliche Auswertung der Maßnahme.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Kinder und Bildung stimmt dem vorgelegten Entwurf einer Richtlinie zum Schulversuch Berufsorientierungsklasse mit Sprachförderung im Rahmen eines Ausbildungsvorbereitenden Bildungsgangs in Vollzeitform gemäß der Anlage zu.

TOP 11 Entwurf einer Neufassung der Verordnung über die Fachschule für Technik **Vorlage L 46/19**

Eine inhaltliche Aussprache findet nicht statt. Auf den Einwand des Landesausschuss für Berufsbildung, im Vorfeld nicht ausreichend beteiligt worden zu sein, sagt Herr Bellmann-Nitz zukünftig Berücksichtigung zu.

Beschluss: 12 Stimmen dafür (einstimmig)

Die Deputation für Kinder und Bildung stimmt dem vorgelegten Entwurf einer Verordnung über die Fachschule für Technik gemäß Anlage 1 zu.

TOP 12 Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen **Vorlage L 47/19**

hier: Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum 01. Februar 2017

Die Deputation diskutiert eingehend die Anzahl der Ausbildungsplätze, die im Referendariat zur Verfügung gestellt werden soll. Während Frau Böschen die Ausweitung auf 500 grundsätzlich begrüßt, wünschen sich Frau Vogt sowie der Personalrat Schulen eine noch darüber hinausgehende Erhöhung der Kapazitäten. Herr Dr. vom Bruch spricht sich gegen eine „reflexhafte Erhöhung der Kapazitäten aus und bittet um einen Bericht zur Auswirkung der Erhöhung der Plätze auf die Fachkräftegewinnung im nächsten Jahr. Herr Dr. Fleischer-Bickmann erläutert auf Nachfrage die Grundsätze der Kapazitätsplanung und deren besondere Problematiken.

Beschluss: 10 Stimmen dafür (SPD, B90/DIE GRÜNEN, CDU)

2 Stimmen dagegen (DIE LINKE / FDP)

Die Deputation für Bildung stimmt der als Anlage beigefügten Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen zu.

TOP 13 Gesetz zur Änderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes sowie Ortsgesetz zur Änderung der Beitragsordnung für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen **Vorlage L 48-G39/19**

Erstattung von Elternbeiträgen während des Streiks der Beschäftigten im Sozial und Erziehungsdienst 2015

Die Deputation diskutiert die vorgelegten Entwürfe und dabei insbesondere Fragen der zeitlichen Dauer des Gesetzgebungsverfahrens sowie des Antragserfordernisses für Rückerstattungsansprüche. Auf die Frage von Frau Ahrens, wann mit einer dauerhaften Regelung für die Erstattung von streikbedingt überzahlten Beiträgen zu rechnen sei, wie seinerzeit von Frau Senatorin Stahmann angekündigt, erklärt Herr von Lührte, dass diese einer Neuregelung der Beitragsordnung vorbehalten bliebe. Mit dem hier vorgelegten Gesetz gelte es lediglich, eine Regelung für die Rückzahlung der Überzahlungen aus 2015 vorzunehmen, da hier derzeit noch die rechtliche Grundlage fehle.

Der Vorsitzende stellt klar, dass es in dieser Sitzung (der staatlichen Deputation) um die Beschlussfassung über das Landesgesetz gehe, welches dann die Grundlage für den Erlass des Ortsgesetzes darstelle. Dieses mit der Vorlage ebenfalls im Entwurf vorgelegte Ortsgesetz, werde dann nachher die städtische Deputation beschließen. In diesem Sinne ergeht der

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetz zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

TOP 14 Ganztagschulangebote auch auf geflüchtete Kinder ausrichten **Vorlage L 49/19**
ten

Frau Böschen merkt an, dass bei den in der Vorlage beschriebenen Maßnahmen an vielen Stellen nicht deutlich werde, in welcher Kommune diese stattfinden. Grundsätzlich werde deut-

lich, dass das Bild an den Schulen sehr heterogen sei, hier müsse die Darstellung künftig stärker systematisiert werden. Herr Güngör sieht in dem Bericht eine ehrliche Darstellung der Ist-Situation, auf der es nun aufzubauen und geeignete Maßnahmen aufzuzeigen gellte. Auch sei eine Darstellung von „Best-Practice-Beispielen“ zu erwägen. Er schlage daher vor, den Beschlussvorschlag um einen Passus zu erweitern, der das Ressort auffordere, Handlungsbedarfe zu erarbeiten mit dem Ziel, die Förderung zu systematisieren und diese der Deputation vorzulegen.

Anschließend dreht sich die Diskussion der Deputation schwerpunktmäßig um Fragen der Alphabetisierung, der Auswirkungen auf die Klassenfrequenzen in der Sek I sowie um den Bedarf an zusätzlichen Sozialpädagogen. Auf die Frage von Herrn Dr. vom Bruch erläutert Herr Stadtrat Frost das Zustandekommen der unterschiedlichen Verweildauer der Kinder in den Vorkursen in Bremen und in Bremerhaven.

Beschluss: 12 Stimmen dafür (einstimmig)

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis und bittet das Ressort, Handlungsbedarfe aus den in der Anlage 1 dargestellten Maßnahmen zu erarbeiten mit dem Ziel, die Förderung zu systematisieren und der Deputation Anfang 2017 vorzulegen.

TOP 15 Anpassungen der Regelungen zum Schriftspracherwerb

Vorlage L 50/19

Frau Kohlrausch gibt ihrem Bedauern Ausdruck, dass die Schreibschrift ihrer Ansicht nach vernachlässigt werde und kündigt an, dem Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen. Herr Dr. vom Bruch macht deutlich, dass er den Beschlussvorschlag mittragen könne, da er sich nicht anmaße, eine pädagogische Frage nach politischer Präferenz zu entscheiden.

Beschluss: 11 Stimmen dafür (SPD, B90/DIE GRÜNEN, CDU, DIE LINKE)

1 Stimme dagegen (FDP)

Die staatliche Deputation für Kinder und Bildung lehnt den Antrag der FDP zur Rücknahme des Informationsschreibens 62/2016 vom 03.05.2016 zu Anpassungen der Regelungen zum Schriftspracherwerb vom 17.06.2016 ab. Die Anpassungen der Regelungen zum Schreibschrifterwerb behalten ihre Gültigkeit. Bei der nächsten Überarbeitung des „Rahmenlehrplan Grundschule Deutsch“ wird der Passus zum Schreibschrifterwerb entsprechend angepasst. Dies wird erst nach Verabschiedung des gemeinsamen Bildungsplans 0-10 möglich sein, da sich aus diesem eventuell weiterer Anpassungsbedarf ergeben wird.

TOP 16 Fortführung des Weiterbildungsstudienganges „Inklusive Pädagogik“ an der Universität Bremen, Akademie für Weiterbildung

Die Fortführung des Weiterbildungsstudienganges wird allgemein begrüßt. Die Deputation diskutiert sodann die Finanzierung, insbesondere den 5-stündigen Anteil den die Schulen selbst zu tragen haben. Herr Dr. vom Bruch appelliert, an dieser Stelle zukünftig vielleicht etwas beweglicher zu sein und kündigt an, der Vorlage trotzdem zustimmen zu wollen.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation stimmt der Weiterführung des berufsbegleitenden Studienganges „Inklusive Pädagogik“ in einem 4. Durchgang zum Wintersemester 2017/2018 zu.

TOP 17 Fachkräftesicherung

Vorlage L 52/19

Die Vorlage wird als gute Übersicht über die zu bearbeitenden Themen auf dem Gebiet der Fachkräftesicherung begrüßt. Es werden Fragen der Verbeamtung von Vertretungslehrkräften, der Ausdehnung der Fortbildungsmaßnahmen für Privatschullehrkräfte auch auf anderer Interessenten sowie des Verhältnisses zwischen Regeleinrichtungen und Vertretungskräften diskutiert.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet, im Frühjahr 2017 über den Stand der Umsetzung der geplanten Maßnahmen informiert zu werden.

TOP 18 Jugendberufsagentur

Vorlage L 53/19

Frau Vogt kündigt an, der Vorlage, wie auch im HaFA nicht zustimmen zu wollen. Herr Dr. vom Bruch erklärt, dass die Vorlage eine sehr umfangreiche Materialsammlung darstelle, die besser an anderer Stelle vertieft werde. Im Falle einer erneuten Erörterung in der Deputation wünsche er sich eine systematische Aufarbeitung. Frau Müller weist auf die im Ausschuss „Gleichstellung der Frau“ geführte Debatte zum Thema Jugendberufsagentur hin

Beschluss: 11 Stimmen dafür (SPD, B90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP)

1 Stimme dagegen (DIE LINKE)

1. Der Senat nimmt den Sachstandsbericht zur Jugendberufsagentur zur Kenntnis.

2. Der Senat stimmt der Fortführung der Jugendberufsagentur in Höhe des in der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung dargestellten Personalkosten-Umfangs zu und bittet die Senatorin für Finanzen, die Nachbewilligung der Personal-Mittel für 3,5 Vollzeitstellen sowie 10 Stunden Fachberatung der Berufsorientierung bei der Senatorin für Kinder und Bildung, 6 Vollzeitstellen bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport und 6 Vollzeitstellen beim Magistrat der Stadt Bremerhaven im Haushalts- und Finanzausschuss zu beantragen.
3. Der Senat bittet die beteiligten Ressorts darum, ein Vergabeverfahren zu einer wissenschaftlichen Begleitung der Jugendberufsagentur vorzubereiten. Teil der wissenschaftlichen Begleitung soll die Entwicklung von steuerungsrelevanten Kennzahlen sein, über deren Entwicklung der Senat jährlich, erstmalig im Jahr 2017 informiert wird.

TOP 19 Schulschwimmen

Vorlage L 520/19

Herr Dr. Güldner führt in die Thematik ein und betont die Bedeutung des Schulschwimmens vor dem Hintergrund einer steigenden Zahl von tödlich verlaufenden Badeunfällen. Er weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass mit dem Erwerb des sog. Seepferdchens noch nicht davon gesprochen werden könne, dass die Kinder auch schwimmen könnten. Es folgt eine Erörterung des Themas unter den Aspekten einer allgemein für zu niedrig gehaltenen Schwimmer-Quote, von Problemen bei der Inklusion im Schwimmunterricht sowie dem Umgang mit Befreiungersuchen. Auf die Frage von Herrn Dr. vom Bruch erläutert Herr von Lührte den Umgang mit Befreiungen aus religiösen Gründen, wo die Behörde sich im Rahmen der Rechtsprechung bewege, gleichzeitig aber die Befreiungstatbestände so restriktiv wie möglich anwende. Herr Dr. Steinbrück regt an, das Thema Inklusion im Schwimmunterricht im Unterausschuss zu thematisieren. Auf die Frage des Personalrates Schulen, ob es Sinn mache, Schwimmunterricht von Fachlehrern durchführen zu lassen, erklärt der Vertreter des ZEB, dass im Grundsatz keine Beanstandungen hinsichtlich der Ausführung des Schwimmunterrichts durch Schwimmmeister/-innen bestünden. Es sei aber wichtig, den Kindern die Angst vor Wasser zu nehmen und das so früh wie möglich am besten schon im Kindergarten.

Herr Staatsrat Pietrzok warnt davor, den Schulen an dieser Stelle weitere zusätzliche Aufgaben zu übertragen, die sie überlasteten und ihnen eine Verantwortung übertragen, der sie nicht gerecht werden könnten.

Beschluss:

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 20 Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen **Vorlage L 521/19**

Auf die Frage von Frau Vogt, ob es einen aktualisierten Verfahrensstand im Hinblick auf die Gerichtsverfahren gebe bzw. zur besonderen Situation in Bremerhaven, erläutern Herr von Lührte, dass die Vorlage die aktuelle Situation vor Gericht wiedergebe bzw. Herr Frost die besonderen Umstände, die zur der angespannten Situation in Bremerhaven geführt haben.

Beschluss:

Die Deputation für Kinder und Bildung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 21 Verschiedenes

1.) Berichte / Berichtsbitten

Der Bericht „Unbesetzte Lehrer/-innenstellen“ auf die Frage der Abgeordneten Frau Vogt wird vorgelegt.

Der Bericht „Beschäftigungsstand von Lehrerinnen und Lehrern im Land Bremen“ auf die Frage des Abgeordneten Herrn Dr. vom Bruch wird vorgelegt.

Der Bericht „Bundesmittel für den KiTa-Ausbau“ auf die Frage des Abgeordneten Herrn Dr. vom Bruch wird vorgelegt.

2.) Weitere Beschlüsse

Die Vorlage L55-G43/19 „Änderungen ausstehender Sitzungstermine für das laufende Jahr und Beschlussfassungen über die Sitzungstermine 2017“ wird vorgelegt. Darin wird vorgeschlagen, den Sitzungstermin am 28.09.2016 entfallen zu lassen und den Sitzungstermin vom 14.12.2016 auf Freitag, den 16.12. 2016, 14:30 Uhr zu verschieben.

Die Sitzungstermine für 2017 sollen auf den 08.02.2016, den 29.03.2016, den 24.05.2016, den 21.06.2016, den 06.09.2016, den 18.10.2016 und den 29.11.2016, jeweils um 15:30 Uhr festgelegt.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Kinder und Bildung beschließt die Änderung der Sitzungstermine für das laufende Jahr und die Sitzungstermine für 2017 wie unter „B. Lösung“ vorgeschlagen.

3.) Weitere Berichtsbitten

liegen nicht vor.



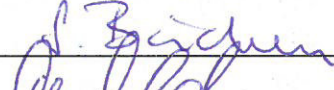
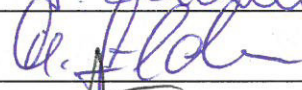
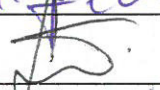

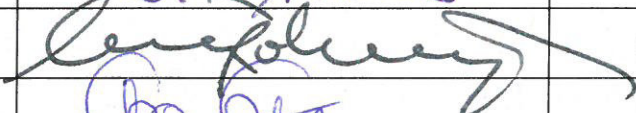

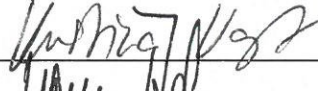
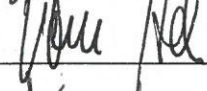

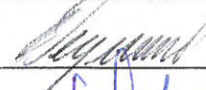
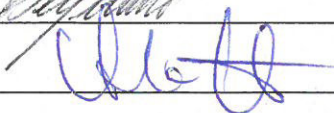
Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.30 Uhr.

Anwesenheitsliste

Deputation für Kinder und Bildung (staatlich + städtisch)

19. Wahlperiode der Wahlperiode 2015 - 2019

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
31.08.2016	15.35 Uhr	20.10 Uhr	Im Haus der Bürgerschaft, Raum 416

Mitglieder der Deputation	Unterschrift *)	Bemerkungen
Senatorin Dr. Claudia Bogedan		
Staatsrat Frank Pietrzok		
Acar, Mehmet Sirri	Mehmet S. Acar	Land
Ahrens, Sandra <i>Stadt</i>	S. Ahrens	Stadt
Bösch, Sybille		Land
Göldner, Dr. Matthias		Land/Stadt
Güngör, Mustafa		Land/Stadt
Hanke, Catharina	Catharina Hanke	Land
Jentschke, Franz		Stadt
Kohlrausch, Julie	J. Kohlrausch	Land/Stadt
Krumpfer, Petra	P. Krumpfer	Stadt
Peters, Monika <i>Land</i>	S. Ahrens	Land
Rohmeyer, Claas		Stadt
Schnittker, Christine		Land
Vogt, Kristina		Land/Stadt
Vom Bruch, Dr. Thomas		Land/Stadt
Wargalla, Kai-Lena		Stadt
Weigelt, Helmut		Stadt
Yildiz, Kabire <i>Kabire Yildiz</i>		Land

*) Hinweis: Vertretungsweise Teilnehmer/innen bitte mit i. V. unterschreiben